

Botschafter Dr. Christian Catrina :

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **175 (2009)**

Heft 07

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-327>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Botschafter Dr. Christian Catrina: Chef Sicherheitspolitik

Der Bundesrat hat am 6. Mai 2009 den Bündner Dr. phil. Christian Catrina zum Chef Sicherheitspolitik im Generalsekretariat VBS ernannt und ihm den Botschafter-Titel verliehen. Christian Catrina war bisher Stellvertreter des Direktors Sicherheitspolitik und Chef Strategie und Internationales. Als Chef Sicherheitspolitik ist Christian Catrina im ständigen Kontakt mit hochrangigen Vertretern anderer Staaten und internationaler Organisationen. Er vertritt das VBS sowohl innen- wie aussenpolitisch in allen Aspekten der Sicherheitspolitik. Er ist federführend für den Sicherheitspolitischen Bericht 2009 verantwortlich.

Roland Beck, Chefredaktor ASMZ

Herr Botschafter Catrina, Sie haben die Anhörungen zum Sicherheitspolitischen Bericht 2009 mitverfolgt. Welches sind Ihre wichtigsten Feststellungen und Erkenntnisse?

Die Anhörungen sind am 24. April abgeschlossen worden. Der grösste Konsens besteht in Bezug auf die Bedrohungen und Gefahren. Das war schon in der Vergangenheit so, z.B. bei der Reaktion auf die Botschaft an das Parlament zum Entwicklungsschritt 2008–11. Ebenfalls eher konsensuell ist die Beurteilung der sicherheitspolitischen Interessen und Ziele. Die stärksten Divergenzen gibt es zu einem der Instrumente der Sicherheitspolitik, der Armee. Das ist nicht erstaunlich: Die Armee ist das grösste aller Instrumente, via Milizsystem kommt ein grosser Teil der Bevölkerung in direkten Kontakt mit ihr, und sie kostet pro Jahr fast 4 Milliarden Franken. Bei der Armee geht es vor allem um ihre Aufgaben, und dort um das Engagement in der militärischen Friedensförderung und das Ausmass der Vorkehrungen zur Abwehr eines militärischen Angriffs. Dazu kommt die Frage, wie viel internationale Kooperation generell angestrebt werden soll.

Zu den Anhörungen wurden die extremsten Gruppierungen eingeladen. Wie soll ein gemeinsamer Nenner für die Ausgestaltung der zukünftigen Sicherheitspolitik gefunden werden?

Von den 43 angehörten Organisationen und Individuen würde ich nur sehr

wenige als «extrem» bezeichnen. Weitaus die meisten davon würde ich dem Hauptstrom zurechnen. Keine Sicherheitspolitik wird es allen recht machen können. Das ist weder neu noch überraschend und auch nicht wirklich ein Problem. Wir haben in der Schweiz glücklicherweise eine politische Kultur, in der es als normal angesehen wird, dass man mit Maximalpositionen nicht durchkommt, dass Kompromisse unausweichlich sind. Das ist im Übrigen eine der Hauptbot-

«Wir sollten die Frage, wie viel und welche internationale Kooperation nötig ist, pragmatisch anschauen.»

schaften, die wir an Länder wie Bosnien und Herzegowina weiter geben können. Ich bin zuversichtlich, dass ein Sicherheitspolitischer Bericht möglich ist, der im Parlament auch in Teilen der Linken und der Rechten Zustimmung findet und der in der Kontinuität der bisherigen Linie liegt.

Kann der Zeitplan für die Präsentation des Berichtes eingehalten werden? Weshalb dieser enorme Zeitdruck?

Ich bin zuversichtlich, dass der Bericht im Dezember dem Bundesrat vorliegt, und dass ein Entwurf dazu überdies für rund einen Monat in eine Konsultation

gegeben werden konnte. Es ist nicht unbedingt leichter, einen solchen Bericht in 12 Monaten statt in 3 oder 4 Monaten zu verfassen: Die Probleme wachsen mit der Zeit, die man ihnen gibt. Die Qualität bleibt ungefähr gleich. Der Grund für den Zeitdruck liegt darin, dass von verschiedensten Seiten für zahlreiche Fragen argumentiert wird, man könne erst dann weiter machen, wenn der Sicherheitspolitische Bericht vorliege. Das ist in manchen Fällen berechtigt, in anderen weniger. Aber in jedem Fall muss der Bericht vorliegen, damit es weitergehen kann.

Welchen Stellenwert und welche Bedeutung wird die Armee im neuen Sicherheitspolitischen Bericht haben?

Als Instrument der Sicherheitspolitik sehe ich den Stellenwert der Armee etwa gleich wie im Bericht von 1999. Die Armee ist eines von 6 oder 7 sicherheitspolitischen Instrumenten. Sie ist das grösste – und auch teuerste – davon. Sie deckt einen grossen Teil des Bedrohungs- und Gefahrenspektrums ab oder leistet zumindest Beiträge zu deren Vorbeugung, Abwehr und Bewältigung. Es gibt aber einen anderen, und politisch noch wichtigeren Grund dafür, wieso die Armee im Bericht mehr Platz braucht als die anderen sicherheitspolitischen Instrumente: Sie hat in den vergangenen Jahren mehr Kritik einstecken müssen, sie ist fast permanent Medienthema, sie hat den grössten Problemdruck, und sie hat damit auch den grössten Reformbedarf. Ich hoffe, dass die Vertreter der anderen Departemente einsehen werden, dass es

nicht eine willkürliche Privilegierung der Armee ist, über sie mehr zu schreiben. Ich hoffe, dass es ihnen klar wird, dass sie glücklich darüber sein können, wenn ihr Instrument weniger im Mittelpunkt steht.

Ihr Vorgänger, Botschafter Raimund Kunz, hat der internationalen Kooperation im neuen Sicherheitspolitischen Bericht eine grosse Bedeutung beigemessen. Wie sehen Sie die Bedeutung der internationalen Kooperation? Gibt es auch militärische Aspekte dieser Kooperation?

Internationale Zusammenarbeit ist aus meiner Sicht eine Selbstverständlichkeit, eine Routine, die es weder verschämt zu verbergen noch mit Fanfaren zu feiern gilt. Über weite Teile ist auch militärische Kooperation unumstritten: Ausbildung, Rüstungsbeschaffung, humanitäre Unterstützung, und auch zumindest ein Teil der Friedensförderung. Wir sollten die Frage, wie viel und welche internationale Kooperation nötig ist, pragmatisch anschauen. Entscheidend muss sein, was unserer Sicherheit – direkt oder indirekt, kurzfristig oder langfristig – dient, wie wir effizienter sein oder besser werden können. Die Fortführung eines eigentlichen Kulturkampfes um die militärische Friedensförderung würde niemandem dienen.

Ergibt sich aus den Anhörungen eine Verlagerung der Gewichtung der Gefahren und Risiken gegenüber dem Sicherheitspolitischen Bericht 2000?

Der Terrorismus ist stärker zu gewichten. Das bestätigt die mit dem Entwicklungsschritt 2008–11 eingeleitete stärkere Hinwendung der Armee zu Sicherungs- und Schutzaufgaben. Die Manipulation der Energieversorgung zu machtpolitischen Zwecken ist erneut zu einem Thema geworden, der Klimawandel muss berücksichtigt werden, und drei Pandemien (SARS, Vogelgrippe, Schweinegrippe) haben diese Gefahr ins Bewusstsein gerufen.

Zeichnen sich neue Aufgaben der Armee ab?

Nein – wir sehen keine Änderung der Bundesverfassung oder des Militärgesetzes vor, die dafür nötig wären. Es ist aber möglich, die bestehenden Aufgaben anders zu gruppieren und zu bezeichnen, wenn das der Klarheit dient. Konkret denken wir daran, die «Raumsicherung und Verteidigung» des SIPOL B 2000

schlicht «Verteidigung» zu nennen, um die verwirrenden und inkonklusiven Debatten über die Raumsicherung damit zu beenden, dass man den Begriff wieder fallen lässt. Man sollte sich dann aber nicht täuschen: Verteidigung in unserer Zeit heisst primär Schutz und Sicherung. Dazu kommt die Erhaltung und Weiterentwicklung von Fähigkeiten für die Abwehr eines konventionellen Angriffs. Die Priorität muss aber bei Schutz und Sicherung liegen – nicht aus ideologischen Gründen, sondern im Bemühen, Land und Volk ein Maximum an Sicherheit zu bieten.

Seinerzeit wurde die Direktion für Sicherheitspolitik als departementsübergreifende Organisation geschaffen. Wie wird heute die Abstimmung beispielsweise mit der Aussenpolitik sichergestellt?

Da ändert sich nichts. Die Direktion für Sicherheitspolitik war der primäre sicherheitspolitische Ansprechpartner auf Seiten des VBS, und sie stand in fast dauerndem Kontakt mit dem Politischen Sekretariat, mit der Politischen Abteilung IV und mit der Direktion für Völkerrecht des EDA. Daran ändert sich nichts, wenn die SIPOL die DSP ersetzt und Teil des Generalsekretariats VBS ist.

Wird der Sicherheitsausschuss vermehrt eine koordinierende Aufgabe in der Sicherheitspolitik übernehmen? Wie sehen Sie die Weiterentwicklung dieser bundesrätlichen Institution?

Ich kann Ihnen dazu nur eine rein persönliche Einschätzung geben. Ich bin ein Anhänger klarer Zuordnungen und Strukturen. Nach Bundesverfassung und Gesetz haben in unserem System – ob man es nun gut findet oder nicht – nur der Bundesrat und die Departementsvorsteher echte Entscheidungskompetenzen, bei zeitlicher Dringlichkeit noch der Bundespräsident. Ausschüsse des Bundesrates können nur Geschäfte beraten und vorbereiten, aber nicht entscheiden. Ich habe den Eindruck, dass der Sicherheitsausschuss des Bundesrates nicht sehr nützlich ist; entschieden wird ohnehin erst im Bundesrat.

Zum Schluss: Welches sind Ihre wichtigsten Ziele und Anliegen, die Sie als Chef Sicherheitspolitik des VBS in nächster Zeit realisieren wollen?

Inhaltlich geht es zunächst um den Sicherheitspolitischen Bericht und um seine Beratung in den Räten. Im nächsten



**Botschafter
Dr. Christian Catrina**

Chef Sicherheitspolitik VBS
Jahrgang 1956
Bürger von Pignia GR
Geschieden

Beruf

- seit Dezember 1987 im VBS, immer im Umkreis Sicherheitspolitik
- 1988 Dr. phil. I Universität Zürich
- 1996–1998 Sekretär der Brunner-Kommission
- 1999–2000 Mitglied und Sekretär der Studiengruppe UG Nachrichtendienst
- 2000 Stellvertreter des Projektleiters SIPOL B
- Mitglied der Unabhängigen Kontrollinstanz zur Überwachung der ständigen Funkaufklärung
- Chef Sicherheitspolitik, Generalsekretariat VBS

Jahr steht die GSoA-Initiative für ein Moratorium in der Beschaffung von Kampfflugzeugen an. Darüber hinaus – und wahrscheinlich noch wichtiger – geht es darum, dazu beizutragen, dass die Armee eine längerfristig haltbare Balance zwischen Aufgaben, Strukturen und Ressourcen erreicht.

Am wichtigsten ist mir – über die einzelnen Sachgeschäfte hinaus – zur Beruhigung und Versachlichung der sicherheitspolitischen Diskussion beizutragen. Ruhe und Klarheit sind mir wichtig; Hektik, unklare Verantwortungen und ideologische Überspitzungen sind mir zuwider. Die sicherheitspolitische Diskussion muss Licht erzeugen, nicht Hitze.

Herr Botschafter Catrina, ich danke Ihnen für das Interview. ■